

Teilhabe und Chancengleichheit für alle Kinder

Fraktionsbeschluss vom 19. September 2025

Jedes Kind hat das Recht, in Würde aufzuwachsen - mit echter Chance auf freie Entfaltung. Kinder brauchen Orte zum Lernen und Spielen. Kinder müssen die Möglichkeit haben, Hobbies nachzugehen, um Talente zu entdecken, sich kreativ auszuleben und sportlich aktiv zu werden. Die Kindheit und Jugend legen die Grundlage für Vertrauen in die Gesellschaft, berufliche Chancen und demokratisches Engagement - sie muss von sozialer Teilhabe und Sicherheit geprägt sein.

Doch die Realität ist anders: In Deutschland wächst jedes fünfte Kind in Armut auf¹. Das ist nicht nur eine Statistik, die erschreckt, sondern die Lebensrealität von knapp drei Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Teil dieser Lebensrealität ist es, in beengten Wohnverhältnissen aufzuwachsen und keinen Rückzugsort zu haben, um Hausaufgaben zu erledigen oder für die nächste Mathearbeit zu lernen. Kinder in Armut haben in Deutschland auch im europäischen Vergleich deutlich schlechtere Chancen im Bildungssystem und damit ein erhöhtes Risiko, später weniger Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu haben, in schlecht bezahlten Jobs arbeiten zu müssen und dadurch auch als Erwachsene arm zu bleiben. In Armut aufzuwachsen bedeutet, die Einladung zum Kindergeburtstag ablehnen zu müssen, weil man sich dafür schämt, kein Geld für ein Geburtstagsgeschenk übrig zu haben. Den eigenen Geburtstag nie gemeinsam mit anderen Kindern feiern zu können. Armut isoliert und verhindert soziale wie demokratische Teilhabe. Sie hindert Kinder daran, Hobbies nachzugehen zu können,

Talente zu fördern und sich zu entfalten. Diese Umstände belasten die Gesundheit, besonders die psychische Gesundheit, die häufig unter sozialer Isolation und den Existenzsorgen der Eltern leidet. Kinder, die in Armut aufwachsen haben zeitlebens, auch noch im höheren Alter höhere Krankheitsrisiken und weniger Chancen gesund zu leben. Arm aufzuwachsen prägt fürs ganze Leben – sowohl seelisch als auch körperlich.

Diese drei Millionen Lebensrealitäten darf es in einem reichen Land wie Deutschland nicht geben. In der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt darf kein Kind arm aufwachsen. Kinder und Jugendliche bilden gemeinsam mit jungen Erwachsenen die am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe. Kinder, die in Armut aufwachsen, tragen weder Schuld an ihrer Situation noch können sie diese selbst ändern. Sie sind auf Hilfe von außen angewiesen und darauf, dass Politik Bedingungen schafft, damit alle Kinder Teilhabe erfahren und in guten Lebensumständen aufwachsen können.

Ein besonders hohes Armutsrisiko haben zum Beispiel Kinder mit Behinderung oder Young Carers, die Sorgearbeit für ihre pflegebedürftigen Angehörigen übernehmen. Auch Kinder und Jugendliche mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind ganz besonders von Kinderarmut betroffen, auch weil im Kontext Flucht und Migration oft mehrere Risikofaktoren zusammentreffen. Die Armutsgefährdung konkretisiert sich auch dadurch, dass Leistungen von Kindern während des Asylverfahrens auf das AsylbLG beschränkt sind und die Teilhabe an der Gesellschaft

¹ <https://www.savethechildren.de/informieren/themen/kinderarmut-in-deutschland/>



nicht ermöglicht wird. Benachteiligungen entstehen beim Bezug vom BAföG. Auch Kinder von EU-Bürger*innen sind öfter von Armut bedroht, da der Sozialleistungsbezug von Unionsbürger*innen auf Arbeitssuche zuletzt deutlich verschärft wurde.

Sprachlosigkeit bei der Bundesregierung

Die schwarz-rote Bundesregierung macht keine Vorschläge, um diesem Skandal ein Ende zu setzen. Im Gegenteil - Union und SPD ducken sich weg. Das Schweigen der zuständigen Ministerinnen, aber auch des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers ist dröhnend. Doch vier Jahre Stillstand können wir uns nicht leisten, dafür ist die Lage zu ernst.

Auch wenn Kinderarmut im Koalitionsvertrag kurz angesprochen wird und einzelne Gegenmaßnahmen angekündigt sind, bleibt der Text vage und zeigt zu wenig Ambitionen - es fehlt eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut. Diese ist dringend nötig, denn Kinderarmut gehört zu den drängendsten (Un-)Gerechtigkeitsfragen unserer Gesellschaft. Die von der zuständigen Bundesministerin Prien vorgenommene Fokussierung auf Bildung greift deutlich zu kurz. Wir wissen: durchlässige Bildungsaufstiegschancen über die Altersphasen der Kinder sind ein wichtiger Baustein - reichen jedoch bei weitem nicht aus, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Unsere Gesellschaft darf sich nicht damit abfinden, dass jedem fünften Kind in Deutschland eine echte Chance auf Entwicklung verwehrt bleibt. Die Bundesregierung schon gar nicht.

Grüne Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Kinderarmut

Mit einem grüengeführten Bundesfamilienministerium konnten wir wichtige familienpolitische Fortschritte erzielen. Mit dem weiterentwickelten KiTa-Qualitätsgesetz haben wir zur Unterstützung der Länder bei der Verbesserung der KiTa-Qualität für 2025

und 2026 insgesamt vier Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt. Darauf wollen wir aufbauen und jetzt und in den Folgejahren weitere Investitionen in die Kita-Qualität tätigen. Wir haben für Millionen von Kindern und Jugendlichen den Sofortzuschlag eingeführt und mehrfach das Kindergeld angehoben. Durch unsere konstante Thematisierung von Kinderarmut in den letzten Jahren konnten wir insbesondere verdeckte Kinderarmut wirksam aufdecken und lindern: Viele Familien wurden durch die öffentliche Debatte erst darauf aufmerksam, dass sie Anspruch auf den Kinderzuschlag haben. Wir konnten die Inanspruchnahme des Kinderzuschlags in unserer Regierungszeit fast verdoppeln.

Zur Realität gehört aber auch: Trotz dieser ersten Erfolge konnte unser großes Projekt einer Kindergrundsicherung leider nicht umgesetzt werden. Wir lernen aus diesem Prozess, denn das Ziel bleibt wichtig: Wir wollen Kinderarmut bekämpfen. Wir sind überzeugt, dass es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut braucht. Wir werden an mehreren Stellschrauben drehen müssen. Wir wollen hiermit den Startpunkt für die Erarbeitung einer solchen Gesamtstrategie setzen und stoßen einen neuen grünen Start im Kampf gegen Kinderarmut an. Dabei reflektieren wir kritisch bestehende Lösungsansätze, denken sie weiter und optimieren unsere Konzepte. Große Reformen gelingen auch durch kleinere Etappenziele, daher werden wir diesen Prozess schrittweise gestalten. Ziel aller unser Maßnahmen muss sein, die Chancengleichheit von Kindern zu schaffen und die Armut und Armutsgefährdung zu senken. Dazu können finanzielle Verbesserungen für arme und armutsgefährdete Kinder und eine faire Familienförderung beitragen. Aber auch Umfeldmaßnahmen wie z.B. die Verbesserung der Wohn- und Gesundheitssituation von Kindern, eine qualitativ hochwertige Betreuung in Kitas und Schulen oder die Verbesserung der





Lebenssituation von Alleinerziehenden sind wichtige Stellschrauben.

Aufbauend auf den wichtigen Vorarbeiten zur Kindergrundsicherung werden wir ein Gesamtkonzept gegen Kinderarmut erarbeiten. Dieses Konzept wollen wir in seiner leistungsrechtlichen und organisatorischen Ausgestaltung im Gesamtgefüge unseres Sozialsystems in den Blick nehmen. Im Einzelnen schlagen wir folgende erste Schritte vor:

1. **Mit dem digitalen Kinderleistungsscheck alle Familien wirksam erreichen**

Viele Eltern wissen noch immer nicht, auf welche Leistungen für ihre Kinder sie Anspruch haben. Deshalb beantragen viele Familien Leistungen wie den Kinderzuschlag nicht, obwohl sie Anspruch hätten. Trotz gestiegener Bekanntheit und mehr Anträgen gibt es immer noch viel zu viele Kinder, für die die Eltern den Zuschlag nicht beantragen. Eltern brauchen einen einfacheren Überblick, welche Leistungen es gibt und welche sie für ihre Kinder beantragen können. Diesen Überblick gibt der Kinderleistungsscheck, der es Eltern ermöglicht digital und einfach zu überprüfen, auf welche Leistungen sie Anspruch haben. Ein digitaler Kinderleistungsscheck sollte in mehreren Sprachen zur Verfügung stehen, um auch Familien mit Migrations- oder Fluchtgeschichte den Zugang und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dieser Prozess soll bürgernah und datenschutzkonform ausgestaltet sein. Der digitale Kinderleistungsscheck könnte als Leuchtturm auf dem Weg hin zu einem bürgernahen, modernen Sozialstaat dienen.

2. **Der proaktive Sozialstaat**

Wir wollen einen proaktiven Sozialstaat, um alle Kinder abzusichern. Das heißt, der Staat soll Leistungen initiativ und automatisiert bereitstellen, statt dass die Eltern sie umständlich beantragen müssen. In einem ersten Schritt sollte daher das Kindergeld zur ersten vollautomatisierten

Leistung des Staates werden. Ab der Geburt eines Kindes und dessen Registrierung im Standesamt soll ein automatisierter Prozess gestartet werden, wodurch Eltern Kindergeld ohne vorherige Beantragung für mindestens die ersten 18 Lebensjahre des Kindes überwiesen bekommen. Das würde Eltern in einer enorm stressigen Lebensphase sowie die Verwaltung entlasten.

3. **Bündelung von kindbezogenen Leistungen**

Unser Sozialstaat ist komplex, das Ineinandewirken kindbezogener Leistungen oft undurchsichtig und mit teils absurden Wechselwirkungen verbunden. Arme und armutsgefährdete Kinder haben heute Anspruch auf verschiedenste Sozialleistungen wie z.B. Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag, BAföG oder Leistungen für Bildung und Teilhabe. Für Eltern ist es derzeit viel zu kompliziert den Überblick über all diese Leistungen zu behalten und sie in verschiedenen Behörden zu beantragen. Diese Bürokratie lähmt - armutsgefährdete Kinder brauchen allerdings schnelle Hilfe ohne langwierige und komplizierte Antragsverfahren für verschiedene Leistungen. Die Idee der Kindergrundsicherung war, diese Leistungen zu bündeln und für Kinder zu vereinheitlichen. Eine solch umfassende Systemreform muss immer die Gesamtsituation der Familie in den Blick nehmen. Angelehnt an die Idee der Kindergrundsicherung braucht es ein schrittweises Vorgehen: In einem ersten Schritt müssen die Leistungen gebündelt werden, die unmittelbar den Kindern zugutekommen, den Familien insgesamt Behördengänge ersparen und Arbeitsanreize der Eltern erhalten bleiben. Aber auch Kinder, die in Deutschland Schutz suchen, müssen abgesichert sein - deshalb gilt für uns das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum für alle Kinder. Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.





4. **Armutsfeste Kinderleistungen**

Die Berechnung des soziokulturellen Existenzminimums bildet die Basis für die Veranschlagung der Höhe der Sozialleistungen für Kinder. Die derzeitige Berechnung der Leistungshöhen für Kinder beruht auf veralteten Studien und willkürlichen Streichungen aus der Statistik. Daher braucht es eine armutsfeste Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums, der die realitätsgerecht ermittelten Bedarfe von Kindern und Jugendlichen zugrunde liegen müssen. Bei der Ermittlung der Bedarfe müssen auch Kinder und Jugendliche miteinbezogen werden, da sie die Expert*innen ihrer eigenen Lebensrealitäten sind. Außerdem sollen alle Leistungen für Kinder regelmäßig an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst werden.

5. **Passgenaue Unterstützung Alleinerziehender im Sozial- und Steuerrecht**

Über die Digitalisierung und Bündelung von Leistungen hinaus gibt es verschiedene Risikofaktoren für Kinderarmut, die wir einzeln analysieren und mit passgenauen Maßnahmen beantworten müssen. Besonders oft von Armut betroffen sind Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Während die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote für Paarfamilien mit einem Kind 2021 bei 8,7% lag, steigt sie für Paarfamilien mit drei Kindern auf 31,6% und für alleinerziehende Familien auf 41,6%.

Um Alleinerziehende zu entlasten, braucht es eine Reform des Mehrbedarfs – sowohl im Steuer-, als auch im Sozialrecht. Im Steuerrecht muss der bisherige Alleinerziehenden-Freibetrag in eine echte Steuergutschrift umgewandelt werden. Die Höhe der Entlastung von Alleinerziehenden darf nicht länger von der Einkommenshöhe abhängen. Das wird sowohl Alleinerziehende entlasten als auch für mehr Transparenz und Verständlichkeit sorgen. Die bisherigen Regelungen zum

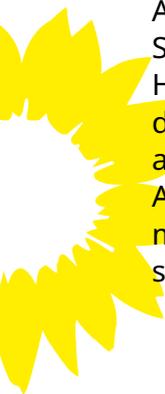
Mehrbedarf im Bürgergeld könnten vereinfacht werden, indem die Prozentsätze unabhängig von Kinderzahl und -alter vereinheitlicht werden. Darüber hinaus sollte das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.

6. **Investitionen in die soziale Infrastruktur**

Der Bildungserfolg eines Kindes darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Um allen Kindern gute Chancen auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, braucht es Investitionen in unsere soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene – Kitas, Schulen, Ganztags- und Jugendzentren müssen bedarfsgerecht finanziert und Familienbildung, Schulsozialarbeit und offene Angebote in belasteten Ortsteilen ausgebaut werden. Deshalb sind Programme wie das Startchancen-Programm so wichtig, um strukturell benachteiligten Kindern in Armut bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Als größtes Bildungsprogramm fördert es vor allem Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen und sorgt für mehr Chancengerechtigkeit. Mehr und zielgerichtete Investitionen in Bildung sind notwendig. Bessere Bildungschancen in der Kindheit sind einer der Schlüssel, um die individuelle Lebensrealität von Menschen langfristig zu verändern und die Vererbung von Armut über Generationen hinweg zu bekämpfen. Deswegen wollen wir das Startchancen-Programm ausweiten und zusätzliche Mittel für den Ganztagsausbau und den Digitalpakt 2.0 zur Verfügung stellen.

Übergreifend gilt: Um noch mehr Eltern in Erwerbstätigkeit zu bringen und Arbeitsanreize zu erhalten, müssen Betreuungsangebote stärker ausgebaut werden. Darüber hinaus muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend verbessert werden, insbesondere für Frauen.

Kinder, die in einem sehr jungen Alter schon viel Verantwortung für ihre





pflegebedürftigen Angehörigen tragen, müssen wir durch niedrighschwellige Hilfsangebote im Alltag und eine gute psychosoziale Versorgung gezielt entlasten. Auch die besonderen Bedarfe von Kindern mit Behinderung müssen bei der Armutsbekämpfung berücksichtigt werden, hier braucht es einen armutsfesten Ausgleich zusätzlicher Kosten und den verbindlichen Ausbau barrierefreier Kitas und Schulen.

Auch müssen die breiten Folgen von Kinderarmut in den Blick genommen und Gegenmaßnahmen formuliert werden. Dies gilt etwa für die psychische und physische Gesundheit von betroffenen Kindern, ihre Bildungschancen, sowie kulturelle und soziale Teilhabe.

Unser Anspruch ist klar: Jedes Kind in Deutschland soll frei von Armut aufwachsen können. Kein Kind darf wegen der finanziellen Lage seiner Eltern von Bildung, Gesundheit oder gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Kinderarmut ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen und sie kann überwunden werden. Was es dafür braucht, ist der Mut zu einer echten Gesamtstrategie, die soziale Sicherheit schafft und gleiche Chancen für alle Kinder garantiert. Denn nur so legen wir das Fundament für eine gerechte, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft.

